

1 Antrag Nr.: P04

2
3 SPD-Kreisverband Kiel

4 **Außerordentlicher Kreisparteitag 21.11.2021, Haus des Sports**

5 Antragsteller: OV Kiel-Süd (Jasmin Bauer)

6
7 Änderungsanträge zum Entwurf des Zukunftsprogramms der SPD SH zur Landtagswahl
8 2022:

- 9
10 1. Einfügen nach Z. 255: „Wir handeln nach dem Grundsatz 'So wenig
11 Bodenversiegelung wie nötig, so viel Bodenentsiegelung wie möglich'.“
12 2. Z. 1178 ff.: Der Begriff „Vor-Ort-für-Dich-Kraft“ wird ersetzt durch einen noch
13 festzulegenden Begriff, der Respekt vor der Professionalität und den vielfältigen
14 Fähigkeiten und Kenntnissen der Fachkraft besser ausdrückt.
15 3. Einfügen Z. 1265 nach „sichern.“: „Wo möglich, unterstützen wir die öffentliche Hand
16 bei der Rückführung privatisierter Krankenhäuser in öffentliche Trägerschaft.“
17 4. Ergänzen Z. 1281 nach „Schwangerschaftskonfliktberatung“: „Wir sorgen dafür, dass
18 in jedem mit öffentlichen Mitteln geförderten Krankenhaus in Schleswig-Holstein dies
19 und die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs möglich ist.“
20 5. Z. 1282: Die Worte „die schwanger werden können“ werden ersatzlos gestrichen.
21 6. Ergänzen nach Z. 1379: „Auch für Menschen, die in Einrichtungen für Menschen mit
22 Behinderung tätig sind, werden wir die Geltung des Mindestlohns einführen.“
23 7. Ergänzen Z. 1414 nach „Anerkennung“: „in Höhe des geltenden Mindestlohns“.
24 8. Ergänzen Z. 1568 nach „Frauen,“: „Beratungsstellen für wohnungslose Frauen“
25

26
27 Begründung:

- 28 1. Bodenverbrauch durch Versiegelung ist ein bekanntes Umweltproblem. Der hier
29 ausgesprochene Grundsatz dient dem Umweltschutz.
30 2. Die Beschreibung der VofDK macht deutlich, dass es sich um eine
31 hochprofessionelle, vielfältig ausgebildete Fachkraft handeln muss. Wir verstehen
32 das Anliegen, diese den Betroffenen durch die Benennung näher zu bringen, glauben
33 jedoch, dass dies gleichzeitig einen Mangel an Respekt vor der Professionalität
34 dieser Fachkräfte – die ja in der Regel Frauen sein werden – ausdrückt. Die
35 Abwertung von Menschen, die im Pflegebereich arbeiten, darf nicht noch verstärkt
36 werden.
37 3. Als sozialdemokratisch denkende Menschen sind wir dagegen, dass mit
38 Gesundheitsleistungen Profite gemacht werden, die dem Gesundheitsbereich
39 entzogen werden. Dieser Bereich gehört in die Daseinsvorsorge und diese in die
40 öffentliche Hand.
41 4. Es darf sich kein Krankenhaus, das öffentliche Gelder erhält, auf die
42 Gewissensfreiheit zurückziehen können, um das Angebot von
43 Schwangerschaftsabbrüchen ablehnen zu können, wie vor kurzem in Flensburg
44 geschehen. Dies kann allenfalls einzelnen Ärzt*innen zugestanden werden, nicht
45 aber einer Einrichtung.
46 5. Durch die ursprüngliche Formulierung wird wieder ausschließlich den Frauen die
47 Verantwortung für Verhütung zugewiesen. Das sollten wir vermeiden.
48 6. Auch Menschen, die in geschützten Werkstätten o.ä. tätig sind, tun ihre Arbeit gemäß
49 ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten. Der Ausschluss vom Mindestlohn würde dies
50 nicht anerkennen.
51 7. Mit einem Taschengeld lassen sich in unserer durchkommerzialisierten Gesellschaft
52 junge Menschen nicht motivieren, die oft anspruchsvollen Freiwilligendienste
53 auszuüben. Eine Bezahlung, die ihnen die Erfüllung von Grundbedürfnissen erlaubt,
54 erscheint uns angemessen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund dessen, was heute
55 Menschen gezahlt wird, die in die Bundeswehr eintreten.

56
57
58
59
60

8. Wohnungslose bzw. obdachlose, auf der Straße lebende Frauen bilden ein kleines, aber wachsendes Problem. Leider können auch Beratungsstellen ihnen oft keine Wohnungen nachweisen; selbst Unterkünfte wie die Container in der Wik sind voll belegt. Hier besteht u.E. Handlungsbedarf.